



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 03. Juni 2022 | Ausgabe Nr. 109

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



Foto © Paul Alexander Probst

wir leben in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat die Preise für Energie und Lebensmittel weltweit ansteigen lassen – auch bei uns. Viele Ukrainer*innen sind vor Krieg und Zerstörung in ihrem Land geflohen und suchen Schutz in Deutschland und der EU. Und auch die Klimakrise erfordert weiter zügig staatliches Handeln. Nicht zuletzt stellt uns die Bewältigung der Corona-Pandemie weiterhin vor große Herausforderungen.

Wichtige Zukunftsimpulse

Diesen zahlreichen Krisen stellt sich die Ampel-Koalition entgegen. **Mit dem ersten gemeinsamen Haushalt schaffen wir Sicherheit in der Krise und setzen wichtige Impulse für die Zukunft unseres Landes.** Der Bundeshaushalt 2022 sieht Ausgaben in Höhe von fast 496 Milliarden Euro vor – ein Plus von fast zwölf Milliarden Euro. Mehr als 50 Milliarden Euro davon sind für Investitionen vorgesehen. Das zeigt: **Die Koalition handelt entschlossen und setzt klare Prioritäten für eine zukunftsorientierte Politik.**

Bürger*innen entlasten

Parallel beschließen wir einen Ergänzungshaushalt, der die **Bürger*innen bei den hohen Energiepreisen entlastet, zielgerichtet wirtschaftliche Härten abfedert und Unterkunft und Betreuung für Geflüchtete sicherstellt.** Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie ihre sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO wahrnehmen können. Deshalb bringt die Bundesregierung ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg.

Der Mindestlohn kommt

Heute, am 3. Juni, haben wir die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober dieses Jahres beschlossen und damit eines unserer zentralen Wahlversprechen umgesetzt.

Erinnerung an Walter Lübcke

Am 2. Juni jährte sich der Mord am ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zum dritten Mal. Gemeinsam mit anderen hessischen Bundestagsabgeordneten habe ich ihm Rahmen einer Aktion der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ an diesen Jahrestag erinnert. Denn: **Demokratische Werte sind unsterblich.**

Euer

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Investitionen in die Zukunft vorantreiben

Wir nehmen viel Geld für Zukunftsinvestitionen in die Hand: Wir investieren in Infrastruktur und Digitalisierung, unterstützen den Mittelstand, fördern Forschung und Innovation und sichern den sozialen Zusammenhalt. Dafür stellen wir in 2022 Mittel von rund 51,5 Milliarden Euro bereit – das sind ein Drittel mehr als vor den Krisen.

1 Klimaschutz

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral sein. Ein wichtiger Baustein dieses Haushaltes sind deshalb Investitionen in den Klimaschutz – für den Ausbau der **Elektromobilität**, für Investitionen in **energieeffiziente Gebäude** und für die **Dekarbonisierung** unserer Industrie. Daneben investieren wir in den nächsten Jahren massiv in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und in die **Förderung innovativer Technologien** wie Wasserstoff. Zentrales Instrument ist der Energie- und Klimafonds (EKF), den wir mit dem Ergänzungshaushalt um 60 Milliarden Euro aufstocken.

Um kurzfristig unabhängiger von russischen Energieimporten zu werden, beschleunigen wir die Verfahren für den **Ausbau der LNG-Infrastruktur** und investieren massiv: 200 Millionen in diesem Jahr und über 2,7 Milliarden Euro in den kommenden Jahren sieht der Bundeshaushalt für feste und schwimmende Flüssiggasterminals (LNG Floating Storages) vor. Damit unterstützen wir die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft entscheidend und sichern gleichzeitig unsere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen.

2 Digitalisierung & Verkehr

Wir stärken weiter Investitionen in **Schiene, Binnenschifffahrt, Radwege und Digitalisierung**. Für uns gilt: Schiene vor Straße. Denn ein gutes Bahnnetz ist zentral für den Klimaschutz im Bereich Verkehr. Fast 400 Millionen Euro zusätzlich sind für die Digitalisierung der Schiene im europäischen Verbund in den nächsten Jahren vorgesehen. Auch unsere Kommunen unterstützen wir, indem wir das erfolgreiche Programm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ um 176 Millionen Euro aufstocken. Auf dass die Städte und Gemeinden dank neuerPark- und Grünflächen lebenswert werden und bleiben.

3 Kultur & Sport

Zudem stellen wir rund **659 Millionen Euro im Bereich Kultur zur Verfügung**, um u.a. Bau und Sanierungsmaßnahmen von kulturellen Einrichtungen und Objekten zu unterstützen. Daneben haben wir 73 Millionen Euro für Denkmal-

schutzprojekte vorgesehen und weitere 476 Millionen Euro, um kommunale Einrichtungen wie beispielsweise marode Sportstätten zu sanieren.

4 Den Mittelstand fördern

Ein wichtiges Programm, das wir nun endlich wieder stark machen, nachdem es im Herbst von der alten Bundesregierung gestoppt worden war, ist das **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand** (ZIM). Es ist auch unser Erfolg, dass in den parlamentarischen Beratungen die Mittel um 20 Millionen Euro allein für 2022 aufgestockt und langfristig gesichert wurden. Voraussichtlich ab Juni können endlich wieder neue Anträge angenommen werden.

6 Tourismus

Die Auswirkungen der Pandemie haben auch die Tourismusbranche stark getroffen. Um die **Branche zu stärken** unterstützen wir die Deutsche Zentrale für Tourismus mit deutlich mehr Geld (ein Plus von 4,6 Millionen Euro auf 39 Millionen Euro).

7 Wohnen

Der Etat für Wohnen und Bauen stützt die Konjunktur in Deutschland: Von den insgesamt rund fünf Milliarden Euro sind knapp vier Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Im parlamentarischen Verfahren haben wir über 33 Millionen Euro on top verhandelt.

Wir investieren massiv in den sozialen Wohnungsbau: In den kommenden Jahren werden wir insgesamt 14,5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau investieren – auch um den Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen zu fördern. Das gerade gestartete „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ist deshalb eine wichtige Initiative unserer Bauministerin und wird mit 3,5 Millionen Euro unterstützt.

Wir stellen für die Eigentumsbildung sechs Millionen Euro für den Kauf von Genossenschaftsanteilen zur Verfügung. Damit profitieren auch Menschen in Ballungsräumen, in denen die Kaufpreise für Immobilien mittlerweile in schwindelerregende Höhen gestiegen sind.



Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Für soziale Sicherheit sorgen

Wir zeigen mit diesem Haushalt, dass sozialer Zusammenhalt und gute Arbeit für uns Priorität haben. Eine Rente, von der man leben kann, und mehr gesellschaftliche Teilhabe sind unsere Kernpunkte. Denn sie sind die Voraussetzung für ein gutes und selbstbestimmtes Leben.

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Neben den laufenden Ausgaben für die sozialen Mindestsicherungssysteme **bekämpfen wir Langzeitarbeitslosigkeit**, indem wir den Jobcentern bis zu 200 Millionen Euro jährlich zusätzlich für Eingliederungsmaßnahmen von Arbeitssuchenden zur Verfügung stellen – insgesamt steigen die Mittel hierfür auf über zehn Milliarden Euro.

Kulturbranche stärken

Die Corona-Pandemie hat die Kunstbranche hart getroffen. Mit einem zusätzlichen **Stabilisierungszuschuss in Höhe von rund 59 Millionen Euro** stärken wir die Künstlersozialkasse (KSK).

Berufsbezogene Deutschsprachförderung

Für uns ist es eine Frage der Solidarität, ukrainische Geflüchtete in Deutschland willkommen zu heißen. Damit sie

schnell den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, benötigen sie ausreichende Sprachkenntnisse. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die **berufsbezogene Deutschsprachförderung** um 105 Millionen Euro.

Bürger*innen entlasten

Im Haushalt sind auch unsere **Entlastungen für die Bürger*innen** abgebildet, mit denen wir auf die **steigenden Energie- und Lebensmittelpreise** reagiert haben. So etwa die Einmalzahlung von 200 Euro an Beziehende von Grundsicherung und der Kindersofortzuschlag von 20 Euro monatlich pro Kind. Damit bereiten wir wichtige Projekte wie das Bürgergeld und die Kindergrundsicherung vor.

Kräftiges Rentenplus und mehr Geld für Erwerbsgeminderte

Renten erhöht

Wir haben in dieser Woche die diesjährige Rentenpassung beschlossen. **Dabei handelt es sich um die höchste Rentenerhöhung seit 40 Jahren im Westen (ein Plus von 5,35 Prozent).** Das sind bei einer Bruttorente von 1.300 Euro monatlich rund 70 Euro mehr. Im Osten sind es 6,12 Prozent, also fast 80 Euro mehr. Gerade für Rentner*innen ist das ein wichtiges Signal, um die gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Energie abzufedern!

Nachholfaktor wieder eingeführt

Zudem führen wir den Nachholfaktor wieder ein, der dafür sorgt, dass sich Löhne und Renten im Gleichklang entwickeln. Dank der Rentengarantie bleiben die Renten stabil, wenn die Löhne in Krisenzeiten sinken – allerdings werden mit dem Nachholfaktor die eigentlich durchzuführenden Kürzungen mit den Erhöhungen des Folgejahrs verrechnet. Durch die Corona-Pandemie wäre es 2021 zu einer solchen Rentenabsenkung gekommen, wenn der Nachholfaktor nicht vorübergehend ausgesetzt worden wäre. Inzwischen steigen die Löhne wieder und wir führen den Faktor nun wieder ein.

Erwerbsminderungsrente erhöht

Zudem erhöhen wir die Renten für die sogenannten Erwerbsminderungsrentner*innen im Bestand spürbar, denn sie sind oft von Altersarmut betroffen. Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht, die zwischen 2001 und 2018 begonnen hat, wird ab Juli 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent erhalten, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft. Davon profitieren rund drei Millionen Menschen.

Rentenbeiträge der Arbeitnehmende stabil

Zudem stabilisieren wir die gesetzliche Rente. Fast 108 Milliarden Euro sind an finanziellen Mitteln zur Stärkung der Rentenversicherung vorgesehen. Damit halten wir das Rentenniveau bei 48 Prozent und stabilisieren die Rentenbeiträge der Arbeitnehmende bis einschließlich 2025. Wir kämpfen dafür, dass dies auch künftig so bleibt. Denn alle sollen von ihrer Rente in Würde leben können.

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Pandemiefolgen bekämpfen: Hierzulande und global

Wir stemmen uns weiter gegen die Corona-Pandemie sowie ihre Folgen und stabilisieren unser Gesundheitssystem. Auch deshalb erhält das Gesundheitsministerium künftig eine Rekordsumme von 64 Milliarden Euro, den zweitgrößten Etat im Bundeshaushalt 2022.

39 Milliarden Euro für die Pandemiebekämpfung

39 von den 64 Milliarden Euro sind für die Pandemiebekämpfung bestimmt. Ein großer Teil ist für die **Beschaffung von Impfstoffen, Schutzausrüstungen und Tests** vorgesehen. Zudem erhalten **Krankenhäuser rund sechs Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen**, damit ihre Mehrbelastungen während der Pandemie abgedeckt werden. Hinzu kommt eine Milliarde für den **Pflegebonus**, mit dem wir die enormen Leistungen von Pflegekräften in Krankenhäusern und in der Altenpflege während der Pandemie würdigen wollen. **1,2 Milliarden fließen an den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung**. Zusammen mit den ergänzenden Bundeszuschüssen fließen insgesamt 28,5 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen aus dem Bundeshaushalt in den Gesundheitsfonds.

Impfstoffe und Long-Covid-Forschung

Die Pandemie hat uns gelehrt: Impfen ist der Weg zurück zur Normalität. **Deshalb investieren wir in diesem Jahr rund sieben Milliarden Euro in die Beschaffung von Impfstoffen**, 830 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. Außerdem freuen wir uns, dass künftig fünf Millionen Euro durch das BMBF für die **Erforschung von**

Long-Covid zur Verfügung stehen – denn über die ernstzunehmende Erkrankung gibt es bisher zu wenig Erkenntnisse.

Deutschland setzt sich für weltweite Impfgerechtigkeit ein. Wir stellen **80 Millionen Euro für die Impfstoffforschung** im Rahmen des „ACT-A“ bereit – eine internationale Kampagne der Weltgesundheitsorganisation. Sie soll dazu beitragen, dass Corona-Impfstoffe, Medikamente und Tests schneller entwickelt und produziert werden. Und wir verdreifachen mit einem Betrag von einer Million Euro den Etat des World Health Summit, um diese bedeutende internationale Konferenz zu stärken.

Corona-Hilfen für die Wirtschaft

Wir bekämpfen auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Denn nach wie vor spüren viele Unternehmen ihre Folgen. Um diese abzufedern, stellt der Bund weitere Hilfen für Unternehmen bereit: **17,2 Milliarden Euro sind im Bundeshaushalt nun für die Corona-Unternehmenshilfen vorgesehen**. Außerdem haben wir ein Bündel an Maßnahmen auf den Weg gebracht und nun im Haushalt finanziert, um die Unternehmen bei Ausfällen und Liquiditätsengpässen in Folge des Krieges in der Ukraine zu unterstützen (KfW-Programm, Bürgschaften, Kredite).

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Innenpolitik: Sicherheit und Zusammenhalt stärken

Die Innenpolitik dieser Bundesregierung trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift. **Wir haben den Etat des Innenministeriums an die jüngsten Herausforderungen durch den Angriffskrieg auf die Ukraine angepasst und sämtliche Themenfelder der inneren Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt**. Außerdem haben wir wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag finanziell hinterlegt und bei sozialdemokratischen Themen wie der politischen Bildung, im Sport, bei Integration sowie Bevölkerungsschutz deutliche Akzente gesetzt.

Digitalisierung, Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit

In den parlamentarischen Beratungen haben wir für konkrete Projekte und Vorhaben Aufwüchse im Umfang von 174 Millionen Euro beschlossen. Mit 189 Stellen werden wich-

tige Vorhaben im Bereich **Digitalisierung, Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit und politische Bildung** verstärkt. Ein Stellenvermerk erlaubt es dem Bundesinnenministerium noch in diesem Jahr 2.000 zusätzliche Anwärter*innen bei der Bundespolizei einzustellen, die in den Jahren 2025 und 2026 übernommen werden können.

Folgen des Ukrainekriegs abfedern

Der Ergänzungshaushalt der Bundesregierung zur Bewältigung der Folgen aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sieht 250 Millionen Euro für **Handlungsfelder des Innenministeriums** vor, unter anderem für **humanitäre Aufnahme und Integration** (+ 90 Millionen Euro), **humanitäre Einsätze** (+ 50 Millionen Euro), **Zivilschutz** (+ 50 Millionen Euro) und **Sicherheit** (+ 26 Millionen Euro).

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Weltweit helfen

Putin setzt auch Hunger als Waffe ein. In der Ukraine hat die russische Armee zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe zerstört und viele Weizenfelder vermint. Zudem blockiert Russland ukrainische Häfen, so dass gelagerter Weizen nicht exportiert werden kann. Das trifft vor allem viele Staaten Nordafrikas, Asiens sowie des Nahen und Mittleren Ostens, die von Lebens- und Futtermittelimporten aus der Ukraine und Russland abhängig sind.

Deutschland wird auch hier helfen: Der Etat des Auswärtigen Amtes steigt auf insgesamt 7,5 Milliarden Euro. Ein Drittel davon – rund 2,7 Milliarden Euro – entfallen auf humanitäre Hilfe. Auch der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhält mehr Mittel: Auf unser Betreiben hin steigt er auf insgesamt 12,35 Milliarden Euro. Darunter fallen unter anderem mehr Mittel für Krisenbewältigung, bilaterale Zusammenarbeit, für das Welternährungsprogramm sowie für die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“.

Zudem fördern wir die Entwicklung und gerechte Verteilung von Impfstoffen, stärken Frauen und Kinder in Entwicklungsländern und helfen beim weltweiten Kampf gegen den Klimawandel. Hinzu kommt eine Milliarde Euro, um die Ukraine direkt zu unterstützen und die Folgen des Krieges für Entwicklungs- und Schwellenländer abzumildern.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels



Timon Gremmels, MdB ✓
@Timon_Gremmels

Wir haben gerade einen überzeugenden, leidenschaftlichen und kämpferischen [#Bundestkanzler](#) erlebt. Weiter so Olaf Scholz!
[#Bundestag](#) [#Generaldebatte](#)

10:04 · 01.06.22 aus [Deutscher Bundestag](#) · [Twitter](#) für iPhone

10 Retweets 168 „Gefällt mir“-Angaben

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
linkedin.com/in/timon-gremmels

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Bildungsaufstieg ermöglichen

Das BAföG ist eine Zukunftsinvestition, die uns besonders am Herzen liegt. Wir öffnen die Förderung so stark wie lange nicht mehr und machen sie unabhängiger vom Einkommen der Eltern. Wir erhöhen die Elternfreibeträge und die BAföG-Sätze spürbar, heben Altersgrenzen an und führen einen Nothilfemechanismus für eine bessere Unterstützung in Krisenzeiten ein. Für das BAföG geben wir insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro aus.

Im Haushaltsverfahren konnten wir noch umfassende wichtige Veränderungen im Umfang von 40 Millionen vornehmen. Es ist uns dabei gelungen, die Hochschulen mit der Stiftung für Innovationen in der Hochschullehre als Herzstück des Wissenschaftssystems weiter zu stärken. Auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden in ihrer Forschungsleistung gesichert.

Besonders freuen wir uns, dass die Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zusätzliche 2,1 Millionen Euro erhalten, um Gebäude und Ausstattung zu modernisieren. Die Bundesschüler*innen-Konferenz erhält 500.000 Euro für eine eigene Geschäftsstelle, um sie unabhängiger zu machen und um ehrenamtliches Engagement von Schüler*innen zu unterstützen. Für mehr Chancengleichheit an den Schulen haben wir festgelegt, dass im kommenden Jahr die Planung des Startchancenprogramms beginnen soll. Außerdem sollen ab 2023 die Mittel für die Dynamisierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre bereitgestellt werden. Dies ist in entsprechenden Maßgabeentschlüssen nun vorgesehen.

Bundeshaushalt 2022 & Ergänzungshaushalt

Das Sondervermögen Bundeswehr

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Das bedeutet: Fortan müssen wir mehr in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren. Deshalb berieten wir in dieser Woche abschließend unsere Gesetzentwürfe zur Errichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ und zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a).



100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr
- was heißt das

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die **internationale Sicherheitsarchitektur erschüttert**.

Um die **Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit** mit dem Sondervermögen zu stärken, **haben sich SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU geeinigt, das Grundgesetz zu ändern**.

Sondervermögen von einmalig 100 Milliarden Euro

Das Sondervermögen von einmalig 100 Milliarden Euro soll so genutzt werden, dass im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsaufgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt werden. Nach Ausgabe des Sondervermögens sollen aus dem Bundeshaushalt weiterhin die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den dann jeweils geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten.

Parlamentarische Kontrolle

Zugleich **gewährleisten wir die parlamentarische Kontrolle bei der Ausgestaltung**. Das Sondervermögen wird durch einfaches Bundesgesetz errichtet und getrennt vom Bundeshaushalt verwaltet. Die aus dem Sondervermögen zu finanzierenden Vorhaben sind in einem Wirtschaftsplan zu

benennen und sollen vollständig aus dem Sondervermögen finanziert werden. Der Wirtschaftsplan muss jährlich vom Bundestag, ab dem Haushaltsjahr 2023 mit dem Haushaltsgesetz, beschlossen werden. Seine Realisierung wird von einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begleitet.

Weiterhin werden wir in der Bundeshaushaltsordnung verankern, dass bei Vorhaben, die ein Finanzvolumen von 25 Millionen Euro überschreiten, der Haushaltsausschuss vor dem Vertragsschluss über die Vorhaben beteiligt wird.

Die Änderung des Artikels 87a Grundgesetz schafft die verfassungsrechtliche Grundlage für die Errichtung des Sondervermögens. Der Bund wird ermächtigt, zur **Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit ein Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro zu errichten**. Die einmalige Kreditermächtigung wird von der Kreditobergrenze der Schuldenregel des Grundgesetzes ausgenommen.



Mit den **100 Milliarden Euro** sollen militärische Güter wie Hubschrauber, Panzer oder persönliche Ausrüstungsgegenstände beschafft werden.

Dabei wird das so genannte **Zwei-Prozent-Ziel der NATO** im mehrjährigen Durchschnitt **erreicht**.

Das Sondervermögen ist nicht Teil des regulären Haushalts. **Es wird dafür nichts gekürzt. Die sozialen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag werden umgesetzt**.

12 Euro Mindestlohn

Schluss mit niedrigen Löhnen!

Millionen von Beschäftigten arbeiten hierzulande zu niedrigen Löhnen, Erwerbs- und spätere Altersarmut gehen dabei Hand in Hand. Deshalb haben wir ein zentrales Versprechen abgegeben: Arbeit muss so bezahlt werden, dass alle von ihrem Lohn leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dieses Versprechen haben wir in dieser Woche eingelöst und die Erhöhung des Mindestlohns beschlossen.



Schluss mit niedrigen Löhnen!

Durch eine einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmende ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders Frauen und Ostdeutsche. Zudem profitieren Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung – darunter Floristik, Körperpflege, Land- und Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Danach wird die von Gewerkschaften und Arbeitnehmende besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.

Minijobs: erhöhte Verdienstgrenze

Zudem erhöhen wir die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro und dynamisieren sie. Das heißt: Steigt in Zukunft der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Damit ist eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden weiterhin möglich.

Midijobs: spürbare Verbesserungen

Außerdem wird es spürbare Verbesserungen bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. Künftig werden die Sozialbeiträge für Beschäftigte im unteren Übergangsbereich langsamer ansteigen, während Arbeitgebende einen höheren Anteil als bisher leisten werden. Zudem wird die Obergrenze von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben. Dadurch wird der Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver. Die Wirkung: Höhere Verdienste, höhere Beitragsleistungen und ein gesenktes Risiko der Altersarmut.

200 neue Jobs bei SMA

Energiewende schafft Arbeitsplätze in der Region Kassel

Als Niestetaler SPD-Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Koordinatorin unserer Fraktion bin ich hocherfreut über das klare Bekenntnis der SMA Technology AG zum Standort Kassel/Niestetal!

Denn die Entscheidung zum Ausbau der Produktion am Unternehmensstandort zeigt, dass erneuerbare Energien nicht nur gut für das Klima sind, sondern auch **zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserer Region** schaffen. Die Ampel-Regierung in Berlin hat sich vorgenommen, den jährlichen Zubau an Photovoltaik auf 22 GW zu verdreifachen. Sonnenstrom ist mittlerweile die preisgünstigste Form der dezentralen erneuerbaren Energieerzeugung und hat eine große Zukunft auch in Deutschland.



Erinnerung an Walter Lübcke

Demokratische Werte sind unsterblich

In dieser Woche jährte sich der Mord am ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zum dritten Mal: Am 2. Juni wurde er heimtückisch in seinem Zuhause in Isthia von einem Rechtsextremisten ermordet.

Anlässlich dieses Jahrestags lud die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ hessische Abgeordnete zu einer Aktion im Deutschen Bundestag ein. Und so habe ich in Gedenken an ihn gemeinsam mit seinem Sohn Christoph daran erinnert: Demokratische Werte sind unsterblich. Denn für mich steht Walter Lübcke dafür, **Haltung zu zeigen, für demokratische Werte einzustehen und öffentlich rechtsradikaler Propaganda zu begegnen.**



Foto © Phil Dera

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Foto © Phil Dera



In Gedenken an Dr. Walter Lübcke

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 2019 - vor drei Jahren - wurde der damalige Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke ermordet. Für mich stand Walter Lübcke dafür, Haltung zu zeigen, für demokratische Werte einzustehen und öffentlich rechtsradikaler Propaganda zu begegnen.

Das Näherrücken dieses Jahrestags war Anlass für die Kasseler Initiative Offen für Vielfalt mit einer Aktion an Walter Lübcke zu erinnern und Haltung zu zeigen. Denn Demokratische Werte sind unsterblich.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Praktikum im Bundestag

Die zentralen Assistenzdienste des Bundestags bieten jungen Menschen Praktikumsplätze an. Zum Programm zählen auch Gespräche mit Abgeordneten. Die Schüler*innen Mariella und Frederic waren gut vorbereitet bei mir zu Gast und wir sprachen über Energiepolitik. Danke für den kurzweiligen Austausch!



Herzlichen Glückwunsch an Jens Womelsdorf!

Marburg-Biedenkopf hat einen neuen Landrat. Am 29. Mai setzte sich unser Genosse in der Stichwahl gegen die Konkurrenz durch.



AG Migration und Vielfalt

Vergangene Woche war ich zu Gast bei der Bezirkskonferenz der AG Migration und Vielfalt, die an diesem Tag u.a. ihren Vorsitz neu gewählt hat: Herzlichen Glückwunsch an Thivagar Mohanathan!

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



40 Jahre Ausländerbeirat Kassel

Kassel war eine der ersten Städte, die vor 40 Jahren einen Ausländerbeirat eingerichtet haben. Dieses Jubiläum haben wir im Rathaus gefeiert. Uns eint der Wunsch, Ausländerbeiräte überflüssig zu machen, in dem alle dauerhaft hier lebenden Menschen auch ein Wahlrecht erhalten!



Zu Gast bei der SPD Fulda

Beim Unterbezirksparteitag der SPD Fulda sprach ich u.a. zur aktuellen Lage in der Ukraine.



„Stäbchen rein: Spender*in sein!“

Weltweit erhält alle 27 Sekunden ein Mensch die Diagnose Blutkrebs. Für die Mehrzahl der Menschen mit Blutkrebs ist eine Stammzell-Transplantation oftmals die einzige Chance auf Heilung. Darauf macht der #WorldBloodCancerDay2022 aufmerksam.

10 Jahre Energiegenossenschaft Kaufungerwald

Herzlichen Glückwunsch der Energiegenossenschaft Kaufungerwald zum 10. Geburtstag! Energiegenossenschaften sind das Rückgrat der Energiewende. Deswegen werden wir in die derzeit laufenden Verhandlungen zum EEG nutzen, um die Bürgerenergie zu stärken.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Im Austausch

Das 9-Euro-Ticket ist da! Mit dem Ticket entlastet der Bund die Bürger*innen und macht Bus und Bahn attraktiver – und vor allem erschwinglicher.

Statement in der Hessenschau

Es ist folgerichtig, dass Kühne-Hörmann als Justizministerin abberufen wurde u.a. wegen ihres Versagens bei Digitalisierung. Nord-Osthessen wird nun in dieser Landesregierung noch weniger vorkommen. Das werden wir nach der Landtagswahl 2023 ändern!



Verabschiedung von Volker Bouffier

Am 30. Mai wurde der nunmehr ehemalige hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) im Schloss Biebrich verabschiedet. Ich habe die SPD-Landesgruppe in Wiesbaden vertreten.



Timon Gremmels

 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  Telefon 0561 700 10 52
 buero@timon-gremmels.de  TimonGremmels
 timon-gremmels.de  @gremmels